

# Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 13.

Leipzig, den 28. März.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Hainstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes C. W. Bollrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filiale Expedition F. W. Grellmann Wallstraße 10.

Mit Nr. 13 schließt das erste Quartal unseres Wochenblattes, und wir bitten die geehrten Abonnenten, die Bestellungen auf das neue Quartal rechtzeitig zu bewirken, damit die Zufendung des Blattes keine Unterbrechung erleide.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Märzgedanken. — „Das Kapital“ von Marx. — Zur Bergarbeiterfrage. — Die demokratische Volksversammlung in Darmstadt. — Aus England.

## Politische Uebersicht.

Nachdem in Oesterreich die Art so lange schon „an das Konkordat gelegt war“, ist nun endlich der erste Streich gefallen: das Herrenhaus hat das neue Chegesetz mit unerwarteter großer Majorität angenommen, und ist jetzt der Erfolg der Maßregel gesichert. An sich ist sie keineswegs besonders freisinnig, das Gesetz leidet an mancherlei Mängeln, aber — es bedeutet den Bruch mit dem Pfassenthum. Darum der Volksjubel in Wien. Wir möchten die Oesterreicher indes doch vor jeglicher Vertrauensduselei warnen. Es ist noch viel, viel zu thun, — viel zu schaffen und viel zu zerstören, ehe die Gefahr einer Reaktion beseitigt ist. — Zum unaussprechlichen Aerger der Rational-Liberalen haben die „Delegationen“, d. h. die gemeinsame Vertretung Ungarns und des übrigen Oesterreichs, ihre Arbeiten in der glattesten Weise erledigt, wonach die ungarische Frage als gelöst betrachtet werden kann.

Auch mit der Finanzreform wird Ernst gemacht. Die soeben veröffentlichten Vorschläge des Ministeriums laufen darauf hinaus, das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen herzustellen, und zu diesem Zweck erstere möglichst einzuschränken, letztere ohne schädliche Belastung des Volks durch eine Kapitalsteuer und eine Couponsteuer (auf die Staatsgläubiger) zu erhöhen, und mittlerweile das Defizit durch den Verkauf der noch vorhandenen Staatsgüter zu decken. So wird ein neues Anlehen vermieden. Gegen die vorgeschlagenen Steuern, die direkte sind, ist prinzipiell nicht das Mindeste einzuwenden; und die Staatsgläubiger haben bisher so enorme Profite gehabt, daß sie sich wohl den kleinen Zinsenabzug gefallen lassen können, der ihnen, übrigens nur auf 3 Jahre, auferlegt werden soll, und zwar in ihrem eignen Interesse, da er den Staatsbankrott, der ihnen Alles rauben würde, verhindern hilft.

Inzwischen ist in Berlin der Vorhang vor einer neuen Parlamentskomödie aufgezo-gen, jedoch sofort auch wieder niedergelassen worden, weil sich die Spieler nicht in genügender

Zahl eingefunden hatten. Ob Graf Bismarck nicht nachgerade merkt, daß die Streichung der Diäten für die Reichstagsabgeordneten eine Unklugheit war? Genug — der Reichstag des norddeutschen Sonderbundes, welcher eigentlich schon am Mittwoch seine erste Sitzung hätte halten sollen, ist bis dato zu schwach besucht, um beschlußfähig zu sein, und hat vorläufig Ferien, bis es gelungen ist, das noch fehlende Quantum Mitglieder zusammenzutrommeln. Die Thronrede, mit welcher das Bundesoberhaupt die Session des Reichstags eröffnete, oder wenigstens eröffnen wollte, ist ein so nichtsagendes Aktenstück, daß selbst „preußenfreundliche“ Blätter es nur im Auszuge ihren Lesern aufzutischen wagen. Sie transit gloria mundi. Erwähnenswerth ist höchstens der Passus der Thronrede, welcher von den auswärtigen Beziehungen handelt. Es wird darin versichert, zwischen dem „Bund“ und dem Ausland herrsche das herzlichste Einvernehmen, dieses Einvernehmen werde durch die Bundesgesandtschaften gehegt und gepflegt, und die Regierung sei in Folge dessen überzeugt, der „Segen des Friedens“ würde auf dem Wirken des „Reichstags“ ruhen. Sehr schön, wenn nur die Zündnadelgewehre und Chassepots nicht wären.

Das so oft abgeläugnete Tabaksteuerprojekt ist jetzt doch offiziell auf die Tagesordnung gesetzt. Und — charakteristisch — die preussische Regierung hielt es für nöthig, offiziös zu erklären, die süddeutschen Regierungen hätten die Steuer vorgeschlagen. Dagegen protestiren diese aber wie Ein Mann. Man sollte doch in Berlin den Muth der Consequenz haben.

Besser als der „Parlamentarismus“ blüht in Preußen die Demagogerie. Gestern Verschwörung in Hannover, heute Verschwörung in Kurhessen. Hier wie dort hat Ehrentiecher die Inzensetzung besorgt. Daneben verschiedentliche Hochverrathsprozesse, einer gegen die Berliner „Zukunft“, weil sie in einem Artikel, der sogar in Frankreich unverfänglich wäre, die Nothwendigkeit der Bildung einer demokratischen Partei befürwortete. Bei dieser Demagogerie hilft die nationalliberale Presse getreulich mit; sie denunzirt, denunzirt, denunzirt. Auch wir haben die Ehre, reichlich von ihr bedacht zu werden.

In den alten preussischen Provinzen Umsichgreifen des Hungertyphus. In den annectirten Ländern steigende Unzufriedenheit; die kurhessischen und nassauischen „Lodienräber“

können es nicht mehr leugnen, und poltern gegen die preußische Regierung, welche die bescheidensten Erwartungen nicht erfüllt habe. Nun — wir gönnen den Deutschen die Ruthe, die sie herbeigeführt. Tu l'as voulu George Dandin!

Bei den Zollparlamentswahlen in Hessen haben die National-Liberalen die Hälfte ihrer Candidaten, die Demokraten keinen einzigen durchgebracht. Nicht das Volk trägt die Schuld; es ist Deutsch gefinnt und empfänglich für die Wahrheit, wie die große Volksversammlung in Darmstadt gezeigt hat, und von Sympathien für das Bismarckthum ist, außer bei einer Handvoll von Advokaten und Kaufleuten, nicht die Rede. Aber die National-Liberalen haben eine Organisation, und die Demokratie hat keine. Unsere Freunde müssen aus ihrer Niederlage lernen, und ungesäumt zur Parteiorganisation schreiten. Ohne Organisation ist die Demokratie nichts, mit Organisation Alles.

Besser als in Hessen sind die Wahlen in Württemberg ausgefallen, wo die Anschlußpartei oder die „Bettelpreußen“, wie man sie dort benamft hat, überall aufs Haupt geschlagen worden sind.

Man schwätzt seit Jahrzehnten den deutschen Philistern vor, die Franzosen seien ein eroberungslustiges Volk, sie dürsteten nach nichts, als nach Krieg und Ruhm, und aus diesem Grund könnten sie nie einen freien Staat gründen. Durch die Aufnahme, welche das neue Militärgesetz in Frankreich findet, wird diese alberne Behauptung schlagend widerlegt. In Toulouse, Nantes, Bordeaux und selbst in Paris hat die Einteilung der jungen Mannschaft in die Mobil-Nationalgarde zu tumultuarischen Ausstritten geführt, und statt sich zu beschwichtigen, ist die Aufregung beständig im Wachsen. Diese tatsächlichen Proteste des französischen Volks gegen den Militarismus begrüßen wir als eins der hoffnungsvollsten Symptome der Gegenwart. Aber unheilverkündend sind sie für den Dezembermann. Daß Bonaparte das Gefährliche seiner Lage wohl fühlt, ergiebt sich aus der Broschüre, die er soeben durch seinen Geheimsekretär hat veröffentlichen lassen, und deren Zweck kein anderer ist, als „die Rechtstitel der Napoleonischen Dynastie“ zu entwickeln. Die „Rechtstitel“ sind laut der Broschüre die sogenannten Volksabstimmungen zu Gunsten des Onkels und des Neffen. Wie dieselben zu Stande gekommen sind, das wird freilich nicht erzählt; auch vergißt der Schreiber, der aus diesen Abstimmungen die Unererschütterlichkeit des Kaiserthrons folgern will, ganz und gar den fatalen Umstand, daß sie den Sturz des ersten Napoleon nicht verhindert haben. Und was Napoleon dem „Großen“ nicht gelang, sollte es Napoleon dem „Kleinen“ gelingen? Jedenfalls muß der Hauptvertreter des Cäsarismus in Europa kein rechtes Vertrauen mehr auf die heiligen Chassepots haben, daß er nach anderen „Rechtstiteln“ fragt. — Gleichzeitig mit dieser kaiserlichen Broschüre erschien eine demokratische, unter dem ominösen Titel: „die Bilanz des Kaiserreichs“. Auf Zahlen gestützt, führt der Verfasser den unumföhligen Nachweis, daß Frankreich durch die bonapartistische Wirtschaft materiell ruiniert wird. „In seinen fünfzehn ersten Jahren“ (von 1852—1866), sagt die Broschüre, „hat das Kaiserreich 31 Milliarden (die Milliarde = 1000 Millionen Franks!), d. h. 13 Milliarden mehr als die Juli-Regierung während einer gleich langen Periode (von 1832—1846) ausgegeben. Von diesen 31 Milliarden wurden nahe an drei Viertel (über 23 Millionen) durch unabweisbar unfruchtbare Ausgaben (Schuldverzinsung) oder noch schlimmere Ausgaben (Krieg, Marine etc.), verschlungen.“ Dabei ist die Dehnbarkeit der Steuerkraft durch Ueberbürdung der Steuerpflichtigen zerstört, die dringendsten Bedürfnisse des Landes (Begeverbindung, Un-

terricht etc.) werden vernachlässigt. Mehr als je muß man zu dem Credit seine Zuflucht nehmen, das Kapital der öffentlichen Schuld hat sich seit 15 Jahren verdoppelt, die schwebende Schuld kann man bei aller Mühe nicht unter einer Milliarde halten. Dabei steht der französische Credit heute niedriger als vor 1852, und die innere Lage kennzeichnet sich durch eine allgemeine Klemme, welche sichtlich in Noth und Elend umschlägt. „So weiter zu gehen, ist unmöglich,“ schließt die Broschüre, „Frankreich bleibt nur noch die Wahl zwischen Reform und Bankrott.“

Reform oder Bankrott — ist zu mild ausgedrückt. Der Säbeldespotismus schließt die Möglichkeit der Reform aus. Statt Reform müssen wir sagen Revolution. Also: Revolution oder Bankrott. Und da nicht zweifelhaft ist, daß Frankreich die Revolution dem Bankrott vorziehen wird, und da eine Revolution sich nur durch einen Krieg hinauschieben läßt, so lautet die Alternative, wie wir schon früher zeigten: Revolution oder Krieg. — Kein Wunder, daß die Kriegsrüstungen immer kolossalere Dimensionen erlangen; hunderttausend frische Truppen sind einberufen; in allen Arsenalen und Waffenfabriken wird mit nie gekannter Thätigkeit gearbeitet — und die Regierungsblätter fließen über von Friedensphrasen — und die preußische Regierung thut, als ob sie den Friedensphrasen glaubte!

Das französische Budget für 1867 setzt für die Armee und Kriegsflotte 641 Millionen, für den Unterricht 25 Millionen aus, schreibe fünf und zwanzig Millionen, d. i. nicht ein Fünfundzwanzigstel des Militärbudgetes. Ganz wie bei uns. Der gesetzgebende Körper beschäftigt sich mit einem Vereinsgesetz, das mutatis mutandis dem Preßgesetz so ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern; dieses bezweckt die Vernichtung der unabhängigen Presse; das Vereinsgesetz die Vernichtung der unabhängigen Vereine. Die Willkür wird einfach in ein System gebracht, sie empfängt den Stempel der „Gefährlichkeit“. Das nennt man „intelligenten“ Despotismus.

Gleich den Ostpreußen wollen auch die Araber nicht ruhig verhungern, und es ist ein neuer Aufstand ausgebrochen. Die „Neue Freie Presse“ schreibt darüber: „In Algerien häufen sich die Verlegenheiten für die französische Regierung im Gefolge der furchtbaren Noth, welche die eingeborne Bevölkerung zehntet, tritt jetzt der ansteckende Typhus auf, und zu Hunger und Pestilenz gesellt sich auch der Krieg als Dritter im Bunde. Wie der Moniteur de l'Armée meldet, haben die Ueberreste der Aufständischen von 1864 neuerdings die Fahne des Aufbruchs erhoben und die Grenze des französischen Gebietes belästigt. Es wurden „getreue“ arabische Stämme gegen dieselben entboten und von einer 3500 Mann Infanterie und 500 Mann Cavallerie starken regulären Colonne unterstützt; westlich von Geryville wurde ein großes Treffen geschlagen, in welchem die Insurgenten ihren Führer und 150 Tode verloren haben sollen. Das Ende der Unruhe berichtet das betreffende Siegesbulletin jedoch nicht, und wird man wohl bald von einem regelrechten afrikanischen Feldzuge zu hören bekommen.“

In England neue Todesurtheile gegen Genier, neue Hochverrathsprozesse. Das einst als frei verschrieene Albion rehabilitirt sich glänzend in der Meinung des monarchischen Continents.

Der italienische Finanzminister hat neulich das große Wort gelassen ausgesprochen: „Wenn die Staatsfinanzen nicht von Grund aus reformirt werden, ist der Bankrott unausbleiblich.“ Die Staatsfinanzen können aber nicht reformirt werden, so lange das jetzige Regierungssystem in Kraft ist, und für Italien gilt daher das Nämliche, wie für Frankreich: Revolution oder Bankrott. —

Gegen die Selbständigkeit Polens hat die russische Regierung den letzten Schlag geführt. Ein Ukas vom 29. Febr. hebt die noch in Polen bestehende Regierungskommission für innere Angelegenheiten auf und ordnet die Verwaltung völlig der russischen unter. Und doch rufen wir: Noch ist Polen nicht verloren! Völker sterben nicht, außer wenn sie sich selbst aufgeben. —

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat der Reihe nach 12 Artikel als Punkte der gegen den Präsidenten erhobenen „Anklage auf schwere Vergehen und Uebertretungen“ angenommen.

Die dem Präsidenten zugestellte Vorladung lautet folgendenmaßen:

„Der Senat der Vereinigten Staaten an den Präsidenten Johnson seinen Gruß. Nachdem das Repräsentantenhaus am 4. März dem Senate gegen Sie, den besagten Präsidenten Johnson, Anklage-Artikel in folgenden Worten (folgen die Artikel) eingereicht und das Verlangen gestellt, daß Sie, der besagte Präsident Johnson, zur Verantwortung gegen die in den erwähnten Artikeln enthaltenen Anschuldigungen herangezogen, und daß solche Maßregeln, Verböde, Untersuchungen und Urtheilsprüche dabei erzielt werden sollen, wie sie das Gesetz und die Gerechtigkeit erheischen, so werden Sie, der besagte Andrew Johnson, hiermit geladen, vor dem Senate der Vereinigten Staaten in seiner Kammer in der Stadt Washington am 23. März um 1 Uhr Nachmittags zu erscheinen und dort sich gegen die genannten Anklage-Artikel zu verantworten und dann und dort den Befehlen, Bestimmungen und Urtheilsprüchen, die der Senat der Vereinigten Staaten an dieser Stelle nach der Constitution und den Gesetzen der Vereinigten Staaten ertheilen wird, sich zu fügen, zu gehorchen und Folge zu geben. Wodurch sich unfehlbar zu richten ist.“

Zeuge der Oberrichter des höchsten Gerichtshofes und Vorsitzende des Senates der Stadt Washington, heute am 6. März im Jahre des Herrn 1868, der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten im 91.“

Montag d. 23. begann richtig das Verhör in dem Prozeß gegen Johnson. Ein vom Verteidiger desselben vorgebrachtes Gesuch um 30 tägigen Aufschub, „damit der Angeklagte sich genügend vorbereiten könne“, wurde vom Senat mit 44 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Man ist offenbar entschlossen, der Sache ein rasches Ende zu machen. Es wird sonst langweilig. —

Don Benito Suarez, Präsident der Republik Mexico, wird nächstens in Washington zum Besuche erwartet. Der offensiblen Zweck seiner Reise ist, der Vereinigten Staaten-Regierung im Namen der Republik Mexico für die Unterstützung während des Invasions-Kampfes zu danken. Man glaubt aber, schreibt die „Neue Freie Presse“, daß Suarez nebenbei auch Unterhandlungen wegen Abschluß eines Anlehens anknüpfen und die Washingtoner Regierung zu bestimmen suchen werde, die separatistischen Tendenzen in den nordwestlichen Staaten Mexicos nicht zu unterstützen. In Jalisco, Chihuahua, Durango, Sonora, Sinaloa und Nieder-Californien machen sich nämlich schon seit Jahren Gelüste bemerkbar, aus dem Verbände des mexicanischen Freistaates auszuschneiden und unter dem Namen einer „Republik der Südee“ einen selbstständigen Staat zu bilden, der schließlich nur als Uebergangs-Organismus die Annexion an die Vereinigten Staaten vorzubereiten hätte.

Aus Hohenstein-Ernstthal schreibt man uns: „Der Nothstand ist bei uns ebenfalls ein sehr großer unter den Webern, und weil die Weberei die vorherrschende Industrie in unsern beiden Städten ist, so leiden alle anderen Gewerbe mit. Viele Arbeiter stehen brodlos da, und es ist eine ordentliche Jagd nach Arbeit bei den Verlegern (Faktoren), und wenn Einer das Glück hat, ein Bißchen zu bekommen, dann sind die Löhne der Art, daß es gerade nur heißt, er hat Arbeit, und oben-dreißig müssen wir hernach erst abwarten, was wir aus Gnade und Barmherzigkeit erhalten. Ohne Abzug kann es nicht abgehen, die Waare mag geliefert werden, wie sie nur will, und

ist das Stück wirklich halbweg fehlerhaft, so setzt es auch gleich gar keinen Lohn. Auf der anderen Seite werden die Arbeitslosen und diejenigen, welche kaum genug verdienen, um nothdürftig sich satt zu essen, mit Auspöndung bedroht, wegen rückständiger Communalabgaben. Die Noth und die Schinderei ist so groß und eine Bedrängniß im Geschäft, wie man sich noch gar nicht zu erinnern weiß.“

Im hiesigen Volksverein wurde beantragt, doch auch einen Auffatz zur Beleuchtung hiesiger Zustände ins Demokratische Wochenblatt einzuschicken; aber weil der Artikel von Müllen darin stand, davon abgesehen, da es im Grunde genommen, dasselbe Bild ist; uns drücken gleiche Lasten. Dann wurde der Antrag gestellt, eine Petition an die Regierung um Abhülfe des Nothstandes gelangen zu lassen, allein der Antrag fand die nöthige Unterstützung nicht, weil man kein Vertrauen zur Regierung hat. Wir haben nun einen Protest gegen das Bestehen der jetzigen Ständevertretung nach Dresden geschickt, und fordern eine neue Kammer, hervorgegangen aus Wahlen mit allgemeinem direktem und gleichem Wahlrecht.

Auch in Oberlungwitz hat sich ein Volksverein gebildet. Nächster Tage wird die öffentliche konstituierende Versammlung erfolgen.

### Märzgedanken.

Zwanzig Jahre sind es jetzt, seit die Lawine der Revolution ihren Donnergang durch Europa gemachten hat. Von Errungenschaften haben wir nichts zu verzeichnen, als einen reichen Schatz von Erfahrungen und die Thatsache, daß der Absolutismus sich gezwungen sieht, wenigstens die Formen von der Demokratie zu borgen und die Berechtigung der sozialen Frage anzuerkennen.

Das ist wenig, sehr wenig, namentlich, wenn wir erwägen, welche Kräfte eingesetzt wurden, wie viel Blut vergossen, wie viel Lebensglück zertrümmert worden ist. Aber wir verzagen darum nicht. Denn wir glauben an den Sieg der ewigen Ideen, denen unsere Arbeit unermüdet gegolten hat und gilt. Wir glauben an ihn, weil er in der unaufhaltsam fortschreitenden Entwicklung der Völker mit Nothwendigkeit bedingt ist. Der zwanzigjährige Kampf hat unsere Kraft gestählt, unsere Ueberzeugung gefestigt. Und noch stehen wir mitten in diesem Kampfe, welcher im Jahre 1848 auf der ganzen Linie entbrannte. Nur diejenigen können entmuthigt den Kopf sinken lassen, welche glauben, daß mit den Standrechtungen in Baden und Wien, und den Begnadigungen zum Zuchthaus in Preußen und Sachsen die Phase der Revolution abgeschlossen sei. Die Schlacht wogt noch unentschieden hin und her. Wer die Bewegung mit dem Triumphe der Reaktion im Frühling 1849 beendet sieht, der beweist nur, daß er die Bewegung überhaupt nicht verstanden hat. Und das ist leider der Fall mit der großen Mehrzahl jener Männer, welche seit den Märztagen von 1848 bis auf den heutigen Tag unermessliche Stöße stenographischer Kammerberichte geredet haben. Es sind dies alle diejenigen, welche von der Erhabenheit ihrer Parlamentsfüße herab die eigne Kurzsichtigkeit und den eignen Verrath an den Grundsätzen der Freiheit der „Unreise“ des Volkes aufzubürden versucht haben. Wodurch hätte denn das Volk damals seine Unreise bewiesen? Etwa dadurch, daß es in Süddeutschland und Sachsen für die Reichsverfassung und in Wien für die Märzvertheilungen mit den Waffen in der Hand eintrat und in Preußen bereit war, den famosen Steuerverweigerungsbeschuß der Nationalversammlung zur That zu machen? Zu einer Durchführung

dieses Beschlusses kam es in Preußen nur deshalb nicht, weil die Herren Deputirten von der Linken, erschrocken über die eigne Kühnheit, in die Provinzen eilten und mit der Versicherung abwiegelten, daß die Steuerverweigerung nur ein „moralischer“ Trumpf sein sollte. Ist diese politische „Unreife“ des Volks nicht um so bewunderungswürdiger, wenn man erwägt, wie die beiden Versammlungen in Frankfurt und Berlin vom Augenblick der Constituirung an alles thaten, um die Hoffnungen des Volks zu täuschen und sein Vertrauen an die Regierungsgewalt zu verrathen? Das Volk stand treu zu den Wenigen, die treu zu ihm standen, und so wird es immer sein, trotz aller Redensarten der Nationalliberalen und der Fortschrittspartei.

Die Märztage, in denen der Volkszorn den feudalen Polizeistaat über den Haufen warf, führten Deutschland zur Theilnahme an der Kulturarbeit, welche dem neunzehnten Jahrhundert seinen Stempel aufdrückt. Kaum war eine Bresche in die Mauer gelegt, welche das geistige Leben Deutschlands chinesisch absperrete und einengte, so trat auch der Grundgedanke der Bewegung in seiner Zwiespältigkeit von Kapital und Arbeit deutlich erkennbar hervor. Das Bürgerthum oder die Kapitalpartei forderte kraft der Macht, die ihr das Geld verlich, einen Antheil an der Regierungsgewalt, wie ihn die Bourgeoise Frankreichs unter Louis Philipp errungen hatte. Die Arbeiterklasse forderte Gleichheit vor dem Gesetz und Erlösung von dem vernichtenden Druck des Kapitals. Ueberzeugt daß eine Lösung der sozialen Frage nur in einem Staate möglich sei, welcher den Debatten derselben freien Spielraum gewährt, bot die Arbeiterpartei am Tage nach dem Siege der Kapitalpartei die Hand, um den Absolutismus dauernd niederzubalten und zu vernichten. Die Kapitalpartei wies das Bündniß zurück. Sie wollte nicht ein Titelschen von der Macht aufgeben, welche ihr das Kapital über die Arbeiterklasse gewährte.

Zu schwach aber, diese Gewalt aus eigener Kraft zu behaupten, suchte sie die Hülfe des eben gedemüthigten Polizei- und Militärstaats, indem sie sich, die Macht des Kapitals gegenüber den Bajonetten überschätzend, der Hoffnung hingab, als Preis dieser Nachgiebigkeit den ersuchten Antheil an der Staatsgewalt davon zu tragen. In diesem, aus Furcht und Selbstüberschätzung entspringenden Manöver wurde sie von allen Denjenigen unterstützt, welche die Frage, die von der Märzrevolution auf die Tagesordnung gesetzt worden war, nicht begriffen, selbst dann nicht begriffen, als es — schon im April — in Berlin zwischen der Kapitalpartei und den Arbeitern zum offenen Kampfe kam und dann im Juni zu Paris die furchtbare Schlacht entbrannte, aus deren Blut sich später das zweite Kaiserreich erhob. So war es denn kein Wunder, daß die Reaktion schon sechs Monate nach dem Ausbruche des Volkszornes wieder als Siegerin da stand und zwar gefestigter als je zuvor. Denn hatte sie sich bisher auf die eigne Macht gestützt, welche sie in ihrer Polizei- und Heeresorganisation besaß, so war ihr jetzt in der Kapitalpartei ein zuverlässiger Bundesgenosse erwachsen. Aus bösem Gewissen zitternd vor der Vergeltung des Volks, das sie an die Reaktion verrathen, und entschlossen, die Ausbeutung der Arbeitskraft durch das Kapital bis zum letzten Athemzuge fortzusetzen, hat die Kapitalpartei seitdem nicht aufgehört, mit der Staatsgewalt zu buhlen und trotz der reichlich erhaltenen Fußtritte in ihrem untadeligen Gemüthe die Hoffnung zu hegen, für ihre bedientenhafte Gefügigkeit endlich doch noch mit einem Gipfelchen der Regierungsmacht belohnt zu werden. Will man einen Beweis? Nun, das Verhalten der Gothaer und

Nationalliberalen in dem Norddeutschen Parlament und Reichstage liefert ihn.

Das also ist die große geschichtliche oder vielmehr kulturgeschichtliche Bedeutung der Märzrevolution des Jahres 1848, daß sie in Deutschland die soziale Frage auf die Tagesordnung gesetzt hat, und die fortwährend aus Unverstand und Selbstsucht geschmähte „Unreife“ des Volks bestand darin, daß es den eigentlichen Kern des modernen Staatslebens erkannte und aussprach und für die unerläßliche Vorbedingung der Lösung, die politische Gleichberechtigung, mit seinem Leben eintrat. Denn von der Lösung der sozialen Frage allein hängt die gedeihliche Fortentwicklung der Staaten und Völker Europas ab. Sie ist der Ausgangspunkt aller politischen Kämpfe der Gegenwart. Ohne dies würde Europa in den Zustand der Ideenlosigkeit, Austrocknung und Verkümmern gerathen, in den China seit Jahrtausenden versunken gewesen ist. Aber selbst das auf trockenem Wege eingemachte China beginnt sich ja zu regen, und den Mumien Schlaf aus den Augen sich zu reiben. Um wie viel mehr dürfen wir uns nicht einer freudigen Hoffnung hingeben! Hat in Amerika nicht die Freiheit über alles junkerliche Gelüste triumphirt? Ist Oesterreich, der alte Hort der Reaktion, nicht gezwungen, seine Adern mit dem Lebenssaft der Freiheit zu verjüngen? Liegt in Frankreich nicht der Cäsarismus in den letzten Zügen? Schwellt nicht aller Orten ein frischer Frühlingshauch die Brust der Völker? Ja die Zukunft gehört der Freiheit!

„Das Recht der Arbeit“ lautet die Inschrift des Banners, welches die Volkspartei im Jahre 1848 auf die Barrikaden pflanzte. Die Anerkennung dieses Rechts ist das Ziel des Kampfes heut wie damals. So mahne uns denn das Klauschen des Banners in dem Märzwinde über unserem Haupte, daß Jeder unvermeidlich seine ganze Arbeit einsetze, dieses Recht zu verwirklichen!

## „Das Kapital“ von Marx.

### II.

Im vorigen Artikel sahen wir, daß jeder Arbeiter, der vom Kapitalisten beschäftigt wird, zweifache Arbeit verrichtet: Während eines Theils seiner Arbeitszeit ersetzt er den ihm vom Kapitalisten vorgeschossenen Lohn, und diesen Theil der Arbeit nennt Marx die nothwendige Arbeit. Nachher aber hat er noch weiter fortzuarbeiten und produziert während dieser Zeit den Mehrwerth für den Kapitalisten, wovon der Profit einen bedeutenden Theil ausmacht. Dieser Theil der Arbeit heißt die Mehrarbeit.

Wir nehmen an, der Arbeiter arbeite drei Tage der Woche zur Erzeugung seines Lohns, und drei Tage zur Produktion von Mehrwerth für den Kapitalisten. Anders ausgedrückt heißt dies, er arbeitet, bei täglich zwölfstündiger Arbeit sechs Stunden täglich für seinen Lohn und sechs Stunden zur Erzeugung von Mehrwerth. Aus der Woche kann man nur sechs, selbst mit Hinzuziehung des Sonntags nur sieben Tage schlagen, aber aus jedem einzelnen Tage kann man sechs, acht, zehn, zwölf, fünfzehn und selbst mehr Arbeitsstunden schlagen. Der Arbeiter hat dem Kapitalisten für seinen Taglohn einen Arbeitstag verkauft. Aber, was ist ein Arbeitstag? Acht Stunden oder achtzehn?

Der Kapitalist hat ein Interesse daran, daß der Arbeitstag so lang wie möglich gemacht werde. Je länger er ist, desto mehr Mehrwerth erzeugt er. Der Arbeiter hat das richtige Gefühl, daß jede Stunde Arbeit, die er über die Erzeugung des Arbeitslohns hinaus arbeitet, ihm unrechtmäßig entzogen

wird; er hat an seinem eignen Körper durchzumachen, was es heißt, überlange Zeit zu arbeiten. Der Kapitalist kämpft für seinen Profit, der Arbeiter für seine Gesundheit, für ein paar Stunden täglicher Ruhe, um außer Arbeiten, Schlafen und Essen sich auch noch sonst als Mensch betätigen zu können. Zeitläufig bemerkt, hängt es gar nicht vom guten Willen der einzelnen Kapitalisten ab, ob sie sich in diesen Kampf einlassen wollen oder nicht, da die Concurrenz selbst den philanthropischsten unter ihnen zwingt, sich seinen Collegen anzuschließen, und so lange Arbeitszeit zur Regel zu machen wie diese.

Der Kampf um die Feststellung des Arbeitstags dauert vom ersten geschäftlichen Auftreten freier Arbeiter bis auf den heutigen Tag. In verschiedenen Gewerben herrschen verschiedene verkömmliche Arbeitstage; aber in der Wirklichkeit werden sie selten eingehalten. Nur da, wo das Gesetz den Arbeitstag feststellt und seine Einhaltung überwacht, nur da kann man wirklich sagen, daß ein Normal-Arbeitstag besteht. Und dies ist bis jetzt fast nur der Fall in den Fabrikdistrikten Englands. Hier ist der zehnstündige Arbeitstag (10 $\frac{1}{2}$  Stunden an fünf Tagen, 7 $\frac{1}{2}$  am Samstag) für alle Frauen und für Knaben von 13 bis 18 Jahren festgesetzt, und da die Männer nicht ohne jene arbeiten können, so fallen auch sie unter den zehnstündigen Arbeitstag. Dies Gesetz haben die englischen Fabrikarbeiter durch jahrelange Ausdauer, durch den zähesten, hartnäckigsten Kampf mit den Fabrikanten, durch die Pressefreiheit, das Coalitions- und Versammlungsrecht, sowie durch geschickte Benutzung der Spaltungen in der herrschenden Klasse selbst erobert. Es ist das Palladium der Arbeiter Englands geworden, es ist nach und nach auf alle großen Industriezweige und im vorigen Jahre fast auf alle Gewerbe ausgedehnt worden, wenigstens auf alle, in denen Frauen und Kinder beschäftigt werden. Ueber die Geschäfte dieser gesetzlichen Regelung des Arbeitstags in England enthält das vorliegende Werk ein höchst ausführliches Material. Der nächste „Norddeutsche Reichstag“ wird auch eine Gewerbeordnung zu berathen haben, und damit die Regelung der Fabrikarbeit. Wir erwarten, daß keiner der Abgeordneten, die von deutschen Arbeitern durchgesetzt worden sind, an die Beratung dieses Gesetzes geht, ohne sich vorher mit dem Marx'schen Buch vollkommen vertraut gemacht zu haben. Es ist da Vieles durchzusetzen. Die Spaltungen in den herrschenden Klassen sind den Arbeitern günstiger als sie je in England waren, weil das allgemeine Stimmrecht die herrschenden Klassen zwingt, um die Gunst der Arbeiter zu buhlen. Vier oder fünf Vertreter des Proletariats sind unter diesen Umständen eine Macht, wenn sie ihre Stellung zu benutzen wissen, wenn sie vor allen Dingen wissen, um was es sich handelt, was die Bürger nicht wissen. Und dazu giebt ihnen Marx' Buch alles Material fertig an die Hand.

Wir übergehen eine Reihe weiterer sehr schöner Untersuchungen von mehr theoretischem Interesse, und kommen nur noch auf das Schlußkapitel, das von der Akkumulation oder Anhäufung des Kapitals handelt. Hier wird zuerst nachgewiesen, daß die kapitalistische, d. h. durch Kapitalisten einerseits und Lohnarbeiter andererseits bewirkte Produktionsmethode nicht nur dem Kapitalisten sein Kapital stets neu produziert, sondern daß sie auch gleichzeitig die Armuth der Arbeiter immer wieder produziert; so daß dafür gesorgt ist, daß stets aufs Neue auf der einen Seite Kapitalisten bestehen, welche die Eigenthümer aller Lebensmittel, aller Rohprodukte und aller Arbeitsinstrumente sind, und auf der andern Seite die große Masse der Arbeiter, welche gezwungen ist, ihre Arbeitskraft diesen Kapitalisten für ein Quantum Lebensmittel zu verkaufen, das im besten Falle eben hinreicht, sie in arbeitsfähigem Zustande zu

erhalten und ein neues Geschlecht arbeitsfähiger Proletarier heranzuziehen. Das Kapital aber reproduziert sich nicht bloß: es wird fortwährend vermehrt und vergrößert — damit seine Macht über die eigenthumslose Klasse von Arbeitern. Und wie es selbst in stets größerem Maßstabe reproduziert wird, so reproduziert die moderne kapitalistische Produktionsweise ebenfalls in stets größerem Maßstabe, in stets wachsender Zahl die Klasse besitzloser Arbeiter. „Die Akkumulation des Kapitals reproduziert das Kapitalverhältniß auf erweiterter Stufenleiter, mehr Kapitalisten oder größere Kapitalisten auf diesem Pol, mehr Lohnarbeiter auf jenem ... Akkumulation des Kapitals ist also Vermehrung des Proletariats“ (p. 600). Da aber durch den Fortschritt der Maschinerie, durch verbesserten Ackerbau zc. stets weniger Arbeiter benötigt werden, um ein gleiches Quantum Produkte hervorzubringen, da diese Bervollkommnung, d. h. diese Ueberzähligmachung von Arbeitern rascher wächst, als selbst das wachsende Kapital, was wird aus dieser stets zunehmenden Zahl von Arbeitern? Sie bilden eine industrielle Reserve-Armee, welche während schlechter oder mittelmäßiger Geschäftszeiten unter dem Werth ihrer Arbeit bezahlt und unregelmäßig beschäftigt wird, oder der öffentlichen Armenpflege anheim fällt, die aber der Kapitalistenklasse zu Zeiten besonders lebhaften Geschäfts unentbehrlich ist, wie dies in England handgreiflich vorliegt — die aber unter allen Umständen dazu dient, die Widerstandskraft der regelmäßig beschäftigten Arbeiter zu brechen und ihre Löhne niedrig zu halten. „Je größer der gesellschaftliche Reichthum ..., desto größer die relative Surpluspopulation (überzählige Bevölkerung) oder industrielle Reserve-Armee. Je größer aber diese Reserve-Armee im Verhältniß zur aktiven (regelmäßig beschäftigten) Arbeiter-Armee, desto massenhafter die konsolidirte (ständige) Surpluspopulation oder die Arbeiterschichten, deren Glend im umgekehrten Verhältniß steht zu ihrer Arbeitsqual. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reserve-Armee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“ (p. 631).

Dies sind, streng wissenschaftlich nachgewiesen — und die offiziellen Dekonomen hüten sich wohl, auch nur den Versuch einer Widerlegung zu machen — einige der Hauptgesetze des modernen, kapitalistischen, gesellschaftlichen Systems. Aber ist damit alles gesagt? Keineswegs. Eben so scharf wie Marx die schlimmen Seiten der kapitalistischen Produktion hervorhebt, eben so klar weist er nach, daß diese gesellschaftliche Form nothwendig war, um die Produktivkräfte der Gesellschaft auf einen Höhegrad zu entwickeln, der eine gleiche menschenwürdige Entwicklung für alle Glieder der Gesellschaft möglich machen wird. Dazu waren alle früheren Gesellschaftsformen zu arm. Erst die kapitalistische Produktion schafft die Reichthümer und die Produktionskräfte, welche dazu nöthig sind, aber sie schafft auch gleichzeitig in den massenhaften und unterdrückten Arbeitern die Gesellschaftsform, die mehr und mehr gezwungen wird, die Benutzung dieser Reichthümer und Produktivkräfte für die ganze Gesellschaft — statt wie heute für eine monopolistische Klasse — in Anspruch zu nehmen.

### Zur Bergarbeiterfrage.

(Von einem Bergarbeiter.)

(Schluß.)

Diese Maßregel ist geradezu eine barbarische zu nennen, denn dadurch wird den jüngern Arbeitern der Weg verlegt, zu ihrem Vortheil öfters zu wechseln, und ist dieses für sie

nicht nur ein momentaner Verlust, sondern er macht sich fühlbar bis in die spätere Jahre; und wie unter den Bergarbeitern allgemein bekannt, gab es sogar einmal eine Zeit, wo die Beamten unter sich einen Bund geschlossen hatten, jedem Arbeiter, welcher freiwillig von einem Werke aus der Arbeit ging, auf einem anderen keine Arbeit zu geben. Diese Maßregel, welche zwar nicht als zu Recht bestehend zu betrachten war, wurde aber doch von den Beamten ausgeführt, und kann auch heute noch als in Kraft stehend betrachtet werden. Die Herren wissen es oft recht gut anzufangen, um immer die jungen Kräfte zu ihrem Vortheil auszunutzen, und zur Verfügung zu haben.

Den schwersten Druck auf die Arbeiter üben die Unterbeamten (Steiger) aus, denn in dem gleichen Maße wie seit einer Reihe von Jahren das Gedinge (der Akkord) der Arbeiter schlechter geworden, ist der Gehalt dieser Unterbeamten gestiegen. Außer dem eigentlichen Gehalte bekommen sie noch alljährlich eine Lantième; je weniger nun Arbeitslohn für die zu liefernde Arbeit gezahlt wird, desto mehr Dividende bekommen die Actionäre pro Actie im Jahr; und wenn die Dividende gut ausfällt, bekommen die Steiger auch eine reichliche Lantième. Dieses erreicht durchschnittlich die Höhe von einigen hundert Thalern pro Jahr, und es gelangen auf diese Weise die Steiger auf Kosten der Arbeiter in einigen Jahren zum Wohlstand, die Actionäre zum Reichthum. Die statistischen Zusammenstellungen, welche alle Jahre in den Zwickauer Lokalblättern veröffentlicht werden, beweisen dieses vollständig und man ist daher zu dem Schluß berechtigt: je weniger die Arbeiter verdienen, desto mehr verdienen die Steiger und je mehr Schaden den Arbeitern zugefügt wird, desto besser befinden sich die Steiger.

Das ist aber immer noch nicht genug. Die Arbeiter müssen auch noch für die Unterbeamten mit Steuern und zwar in folgender Weise: die Steiger zahlen vom Thaler nicht mehr zu der Kasse als die Arbeiter; hat nun so ein Ober- oder Untersteiger sein Schäfchen ins Trockne gebracht, so zieht er in Pension. Sein Wille ist da meistens maßgebend, während ein Arbeiter erst von dem sogenannten Knappschaftsarzt dazu qualifiziert wird, und für die pensionirten Steiger betragen die Pensionssätze 4, 5—6 Thaler wöchentlich — ein Beweis mehr, daß die Vereine mit dem Kassenermögen selbstsüchtige Zwecke verfolgen, und der Arbeiter die Zehne bezahlen muß.

Die Handlungsweise und das Verhalten dieser Unterbeamten ist für die Arbeiter geradezu unerträglich, sogar entwürdigend, indem denselben auch noch das Recht, die Arbeiter zu bestrafen, zusteht, und sie nach Gutdünken Strafen von 5, 10, 15—20 Rgr. bis 1 Thaler über die Arbeiter verhängen können. Nimmt man an, daß diese Steiger theils noch sehr junge Männer sind, so kann man sich ein getreues Bild von der ganzen Wirthschaft machen, und wird man begreifen, daß häufig solche Strafen der Eitelkeit und dem Dünkel entspringen.

Wer, wie Schreiber dieses, von frühester Jugend an diesem Beruf angehört, und dabei so viel erfahren und empfunden hat, dem will daher der alte bergmännische Namen oder Titel Steiger nicht mehr recht passend erscheinen: es sind diese Beamten vielmehr die Aufseher oder Bögte, die statt des sogenannten Steigerstocks, füglich eine Peitsche in der Hand führen sollten. Dann wäre es wenigstens einem Jeden klar, daß wir nicht freie Arbeiter sind, sondern weiße Sklaven.

## Die demokratische Wahlversammlung zum „Zollparlament“ in Darmstadt.

(Nach dem stenographischen Bericht der „Bessischen Landes-Zeitung.“)

Darmstadt, 17. März. Die gestern Abend im großen Ritter'schen Saale von der demokratischen Partei berufene Wahlversammlung war ungemein zahlreich besucht. Alle Klassen waren vertreten.

Dr. Wilt, welcher die Versammlung mit einer kurzen Ansprache eröffnete, schlug Dr. Büchner zum Vorsitzenden vor, welchem Vorschlag die Versammlung ihre Zustimmung ertheilte.

Dr. Büchner ergriff nun das Wort, um einleitungsweise die Stellung und Grundsätze zu entwickeln, welche die demokratische Partei eingenommen. Sehe man die Agitation, so sollte man glauben, es handle sich um das Wohl und Wehe von Deutschland, die Bewegung erinnere an die Begeisterung, die 1848 bei den Parlamentswahlen geherrscht. Allein der Gegenstand entspreche eigentlich doch nicht dem gemachten Aufwand. Die Competenz des Zollparlaments sei ein ziemlich geringe; es habe über Salz, Tabak und Runkelrüben zu verhandeln, und am Ende werden sich die Parlamentsabgeordneten einigermassen erkümmert ansehen und fragen: so viel Geschrei und so wenig Bolle? Die Parole der bessischen Fortschrittspartei sei die, das Zollparlament zu einem „Zollparlament“ umzuwandeln. Er fürchte sich, daß der ewigen Vertrauensdüferei dieser Herren ein Streich gespielt, und daß sie selbst sehr unbefriedigt zurückgehen werden; denn die Entscheidung der europäischen Geschicke liege leider nicht mehr in den Versammlungen der Volksvertreter, sondern in den Cabinetten und bei den Fürsten. Er beabsichtige nicht, die Bedeutung der gegenwärtigen Agitation herabzusetzen; es scheine so, als wenn die verschiedenen Parteien bei diesem Wettkampf ihre Kräfte messen wollten. Dies sei auch natürlich, weil wir seit 1848 wieder zum ersten Male berufen seien, das allgemeine Stimmrecht, die Grundlage jeder politischen Freiheit, auszuüben. Seit 1866 sei eine vollständige Parteilagerzeugung vor sich gegangen. Wir zählten 4—5 Parteien und näberten uns amerikanischen Zuständen, wo sich die entgegengesetzten Parteien mitunter näberten, weil das zu erstrebende Ziel ein gleiches sei. Die demokratische Partei habe mit der konservativen kein Bündniß geschlossen, sondern es sei nur eine Annäherung durch die Verhältnisse herbeigeführt. Sei es selbst die Fortschrittspartei in Preußen, ebenfalls veranlaßt durch die Verhältnisse, häufig mit den reaktionären Elementen gegangen. Man könne sich nicht der Ansicht verschließen (wolle man nicht alle seither genährten Ideale aufgeben), daß jetzt jede Stärkung Preußens zugleich eine Stärkung des in Europa herrschenden Systems des Cäsarismus und Militarismus sei, der sich wie eine epidemische Krankheit, wie ein Ausatz weiter verbreite. Wohin sollten aber solche Zustände führen, wenn nicht bloß die Freiheit, sondern auch der materielle Wohlstand und die Kultur von Europa nach und nach in einem Waffengerast, Absolutismus, die Bureaucratie, der Militarismus und das Junkertum sei mit Preußen so verwachsen, daß die Stimme unserer Vertreter gegen solche Zustände in Berlin verhallen werde, wie die des Predigers in der Wüste, sogar wenn wir den Führer unserer Fortschrittspartei hinsenden sollten. Redner schließt mit dem bekannten: „Kein Preußen, kein Oesterreich; ein einiges, freies Deutschland.“ (Lebhafte Beifall.)

Der nächste Redner, R. Kndt, beginnt damit, daß man selbst andere Gesichter auf dieser Tribüne gewohnt gewesen: Mitglieder des in Gott selig entschlafenen Nationalvereins und seiner Nachfolger. Von dieser Tribüne herab habe man erklärt, daß wenn Bismarck, dieser „ruchlose Minister“, dieser „Dämon“, dieser „Mensch“, dem „Gewalt vor Recht geht“, u. s. w. u. s. w. es wagen sollte, seine hochwürdige Politik auszuführen, werden wir, d. h. der Nationalverein, die Fortschrittspartei, alle seine Säbel und gezogenen Kanonen zertrümmern, habt (stürmischer Beifall). Freilich, als sich Bismarck erlaubt habe, sogar gegen die Erlaubniß des seligen Nationalvereins, bei Königlich-national-liberalen respektieren bekanntlich die Thatsachen. Die man man diesen „Junfer, Dämon, Mensch“ u. s. w. geboriamit an, und doch ja in den norddeutschen Bund aufnehmen zu wollen. Er erinnere ferner an die „Auguftenburgerer“, Friedrich VIII., das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer zc. zc. Damals habe man sogar den „passiven Widerstand“ als feig bezeichnet und einen „Keinen Beschwerath“ riefen wollen (schallendes Gelächter). Damals habe man auch die deutsche Politik des Ministers v. Dalwigk als eine „Korrekture“ bezeichnet, die Reichsverfassung und die Grundrechte proklamirt, Bismarck in seiner junkerbajenen Verblendung steinigern wollen. Zu jener Zeit habe Jemand auf einer Volksversammlung in Rheinbessen erklärt: „wenn Die Geld von uns wollen, so verlangen wir die Grundrechte, wir thun's nun einmal nicht anders“ (Heiterkeit). Wie sei dies

alles anders. Schleswig-Holstein sei annectirt, natürlich nach dem Selbstbestimmungsrecht gar nicht gefragt worden; die Reichsverfassung? — ein zerrissener Felsen. Die Grundrechte gehören bekanntlich nicht in das Ressort des Grafen Bismarck, und die Herren Braun und Conforten konnten sich nicht entschließen, für ihre Einführung in die Verfassung des Nordbundes zu stimmen. Sogar die österreichischen „Schmerzenskinder“ seien von ihrem eigenen Schützenfestivale schmähslich im Stich gelassen worden. Wo seien die Herren 1866 gewesen, die Bismarck „niederschmettern“ wollten? Das „Hochverräthchen“ habe sich wohl sehr gemüthlich von der Tribüne an, wenn nur das Correctionshaus nicht wäre und man dort nicht Cigarren wideln müßte, wie es ihm (Redner) passiert (große Heiterkeit). Er habe geglaubt, diese Herren würden sich nach 1866 ins „Privatleben“ zurückziehen, so zu sagen in ihr stilles Kämmerlein. Nichts da, man thue, als wenn in Deutschland Nichts passiert sei. Früher hätten sie „Schleswig-Holstein meermuschlungen“ geungen, heute schiebe man nur eine neue Walze in die Drehorgel ein und da gebe es rubig weiter: „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben“. Jene Partei wechselte ihr Programm wie ein Hemd. Jetzt heiße es: Erst die Einheit, dann kommt die Freiheit von selbst, jene mit „hochobrigkeitlicher Bewilligung“ von Herrn v. Bismarck patentirte Freiheit, von der manchmal auch Herr Braun gesprochen. Diese Charakterlosigkeit sei es gewesen, die die Spaltung in der Fortschrittspartei verursacht. Er sage: Erst die Freiheit, dann die Einheit. Es falle ihm da die bekannte Anekdote vom Rathhausbau in Krähwinkel ein, wo man ein schönes, massives, prächtiges Haus hingestellt, aber die Fenster vergessen und sich damit zu helfen gesucht habe, daß man das Sonnenlicht in Säden aufgefangen und hineingetragen; allein es wollte nicht hell werden, das Haus mußte abgerissen werden. Dasselbe sei auch mit dem Nordbund der Fall; er sei weiter nichts, als eine luft- und lichtlose Kaserne, das Grab jeder Freiheit, und alles Pflanzwerk werde nichts helfen (Bravo). Bismarck habe es nicht gewagt, die Mainlinie zu überschreiten, und an uns sei es, die Rechte des freien Staatsbürgertums, die wir noch aus dem Schiffsbruch gerettet, zu wahren und uns nicht zu Vasallen von Preußen herabzuwürdigen. Darum keinen freiwilligen Eintritt in diesen Nordbund. Das Zollparlament, als dessen Kandidaten Redner Hr. Fabrik. Stuttman von Rüsselsheim vorschlägt, habe in Politik gar nichts zu reden, es solle bloß neue Steuern bewilligen. Dagegen sei Herr Stuttman. Was seine Stellung zur deutschen Frage betreffe, so wolle er durch Freiheit zur Einheit. Darum Hand an den Beutel des Volkes, daß ihm seine Pfennige nicht für preussische Kasernen abgelacht werden (Beifall).

Herr Stuttman entwickelt nun sein Programm, das er, falls ihn eine Wahl ins Zollparlament berufe, auch dort vertreten würde. Er bekennt sich als ein Anhänger des Freihandels und ein Feind der indirekten Steuern, weil sie namentlich eine ungerechte Belastung der ärmeren Klasse in sich schließen. Der norddeutsche Bund trage das Jochen des Militärabsolutismus an der Stirn. Er erinnere an den bekannten 225-Thalersatz, die vielzulange Präsenzzeit, das Recht des Bundesfeldherrn, Festungen anzulegen, den Belagerungszustand zu verhängen, die Verfügung über die Militärmacht, die den Fürsten der einzelnen Staaten nur noch zu Polizeizwecken zur Benutzung gelassen. Versicherte man Seitens jener Partei noch so sehr, daß man nur die Herstellung eines Bundesstaats wolle, so handle es sich doch nur um Einführung des nackten Militärabsolutismus und sinde deshalb das Bild von Katz und Maus hier seine richtige Anwendung. Niemand lege sich freiwillig den Strick um den Hals, daher keinen Eintritt in den absoluten Militarstaat. Auf jedes Vorgehen des Junkerthums, jeden Zeitungsprozeß bei uns, komme in Preußen ein Duzend solcher Fälle. Welches Geschrei habe man erhoben, als das Organ der Fortschrittspartei wegen Beleidigung des Ministerpräsidenten verurtheilt worden, allein sei nicht jüngst Redakteur Trabert von Kassel in Ketten nach Berlin abgeführt worden? Redner schließt seinen öfter durch Beiläufigkeiten unterbrochenen Vortrag mit Hinweis darauf, daß ein unbedingter Eintritt Süddeutschlands in den Nordbund ohne freiheitliche Konsequenzen nur zur starken Centralisation, zur Gründung eines Großpreußenthums führen werde.

(Schluß folgt.)

## Aus England.

London, den 23. März.

Die irische Debatte wurde zu keiner parlamentarischen Entscheidung geführt. Der Antragsteller erklärte sich zufrieden mit der Discussion, welche seine Motive heraufbeschworen, und zog seinen Antrag zurück. Gladstone ergriff die Gelegenheit der Debatte, seinem alten Gegner, dem neuen Premier-Minister,

den Fehdehandschuh vor die Füße zu werfen. In seiner Rede, in welcher er die Fahrlässigkeit des britischen Parlaments in Bezug auf Irland scharf kritisirte und die gegenwärtige Krise mit glühenden Farben schilderte, erklärte er, Irland habe eine siebenhundertjährige Rechnung mit England; diese müsse ins Reine gebracht und die Schuld Englands getilgt werden; schon im Jahre 1845 hätte eine Parlaments-Kommission die irischen Bauernzustände untersucht und berichtet, daß es die Pflicht des Parlaments sei, Maßregeln zu treffen, welche den Bauern Ersatz für die von ihnen gemachten Bodenverbesserungen sicherten; bis heute sei noch nichts geschehen; die irische Kirche, (nämlich die protestantische) als Staatskirche müsse aufhören zu existiren u. s. w. — Launiges Geschick, das den Enkel eines von Christen verfolgten Juden zwingt die Kirche gegen einen Schotten, die Bigottesten aller Christen, zu vertheidigen! Disraeli drückte seine Bewunderung darüber aus, daß gerade in dem Augenblick, wo er Premier-Minister geworden, die an Irland begangenen siebenhundertjährigen Ungerechtigkeiten ihren Höhepunkt erreicht haben sollten, und daß man von ihm und seinen Kollegen eine peremptorische Lösung der Frage verlange. Er zählte die Hauptbegebenheiten der jüngsten Zeit auf und fragte: „wer war während dieser Zeit einer der einflussreichsten Minister? Herr Gladstone, der über die Leiden des irischen Volks jeder Zeit mäuschenstill war!“ Er beschuldigte Gladstone, die Krise zum Vortheil seiner Partei ausbeuten zu wollen, und sagte, fünfundzwanzig Jahre lang habe Gladstone über die Macht der Krone verfügt und habe nie irgend etwas für Irland gethan als Reden gehalten, Reden zu Gunsten der irischen Staatskirche. Er behauptete, daß wenn die Staatsmacht von der Religion geschieden werde, die Regierung zur einfachen Polizei herabsinke, daß die Regierung nichts vermöge ohne die thatächliche Mitwirkung der Klerisei. Er bestritt die moralische Kompetenz des gegenwärtigen Parlaments, eine solche Frage zu entscheiden, ohne durch eine Neuwahl an das Volk zu appelliren, die Oppositionspartei habe nie ein Wort darüber verlauten lassen, die Frage sei nie ernstlich vor die Oeffentlichkeit gebracht worden.

In unserm Zeitalter gehen Meinungsänderungen und Ueberzeugungen rasch und plötzlich vor sich, davon hat Disraeli und seine Partei in der letzten Session ein schlagendes Beispiel geliefert. Klassen und Nationen nehmen es nicht immer so genau mit den Motiven, welche Staatsmänner bewegen, zeitgemäße Abänderungen durchzusetzen. Wenn die irischen Katholiken die protestantische Staatskirche los werden können, so werden sie sich darum nicht kümmern, ob Gladstone ihre Abschaffung aus reinem Patriotismus oder aus Parteineid betreibt, ebenso wenig wie sich der Seidenweber darum kümmert, ob die Seidenraupe für ihn oder für die Fortpflanzung ihres Geschlechts spinnt.

Mit dem „Appell an das Volk“ läßt sich Disraeli eine Lücke offen und bereitet seinen Gegnern die Aussicht, in der Kürze die Ministerbänke wieder zu besetzen. Er kann seine Politik je nach dem Resultat der Wahl einrichten. Ueberdies ist es noch sehr zweifelhaft, ob die zum großen Theil aus Aristokraten bestehende liberale Partei die plötzliche Ueberzeugung ihres anerkannten Führers gut heißt.

Eine Partei, die nicht liberal genug war, die Russell-Gladstone'sche Reformbill durchzuführen, wird gewiß großen Anstand nehmen, die Staatskirche in irgend einem Zweig anzutasten. Die Staatskirche ist ein sicherer Zufluchtsort für jüngere Söhne und Günstlinge der Aristokratie. Schon in den zwanzigsten Jahren betragen die Einkünfte der englischen Staatskirche mehr als 12,000,000 Pfd. St., eine Summe, von welcher Stein in seiner Geographie sagt, daß sie die Einkünfte der Priester-

schaft der gesammten übrigen Christenheit übertrifft. Wäre die Abschaffung der Staatskirche eine Reform wie die Kirchenreform des sechzehnten Jahrhunderts, wo die sich zum Protestantismus bekührenden Aristokraten die Schätze und Güter der Kirchen und Klöster zu ihrem Privateigenthum machten, so wäre das Ding anders. Aber so etwas geht heut zu Tage nicht mehr. Anstatt die Aristokratie zu bereichern, würden ihr jährlich so und so viele Millionen entzogen werden, und diese Millionen sind ein viel stärkeres Anziehungsmittel, als aller Gottesglauben und alle Partei-Disziplin.

Ein Angriff auf die irische Staatskirche ist zugleich ein Angriff auf die englische Staatskirche und wird allgemein so betrachtet. Die Bertheidiger der Staatskirche haben recht, zu behaupten, wenn es als Prinzip vom Parlament anerkannt wird, daß man die irische Staatskirche deshalb abschaffen müsse, weil die große Mehrzahl der Bevölkerung römisch-katholisch ist, so könnten auch die Bewohner eines jeden Kirchspiels auf Abschaffung der Staatskirche bestehen, sobald die Mehrheit gegen die Staatskirche sei. Gladstone bezeichnet dieses Argument als „wahnfinnig“, er lächelt darüber, daß die ministerielle Partei die Sicherheit der englischen Kirche in der Aufrechthaltung der irischen suche. „Die irische Kirche, sagt er, ist die Kirche einer Handvoll, die englische ist die Kirche der Millionen.“ Wenn er dieses wirklich glaubt, so ist er im Irrthum. Den Millionen Arbeitern in den Städten ist das Schicksal der englischen Kirche gleichgültig. Die große Mehrzahl sieht in der Staatskirche nur eine Milkshub für die Aristokratie. Selbst Diejenigen, die noch nicht die Hoffnung der ewigen Seligkeit aufgegeben haben, sind damit einverstanden, daß wer einen Prediger nöthig hat, ihn aus seiner Tasche bezahlen soll. Das Kleinbürgerthum hält es gewöhnlich mit der Religion, welche die meiste Kundtschaft bringt. Während der Staatsprediger zu leeren Wänden spricht, sind die Kapellen der Nonconformisten (derer, die nicht zur Staatskirche gehören) gedrängt voll. Die Nonconformisten sind größten Theils Geschäfte treibende Bürger und Fabrikanten, Kapitalisten, die sammt und sonders für die Abschaffung der Staatskirche sind. „Freihandel in der Religion“ ist ihr Lösungswort. Die neue Reformbill gewährt die Möglichkeit einer der Staatskirche feindlichen Majorität im Parlament. Eine proletarische Partei im Parlament könnte in Versuchung gerathen, die heutigen Einkünfte der Staatskirche zu Produktiv-Assoziationen zu benutzen.

Die unerwartete Erklärung Gladstone's ist viel bedeutungsvoller, als sie auf den ersten Blick aussieht. Daß er seinen Vorschlag, wenn er es ernstlich meint, nicht mit der in der Zersekung begriffenen liberalen Partei, die jetzt im Parlament ist, durchführen kann, versteht sich von selbst. Er hat einige Vertrauensmänner, worunter John Bright, zu Rath gezogen, um den Aktions-Plan vorzubereiten. Freitag Abend zeigte er im Unterhause an, daß er heute Abend einen Antrag in Betreff der irischen Staatskirche stellen und bei der Regierung anfragen werde, ob sie einen Tag zur Discussion bestimmen kann. Falls dieses verweigert wird, ist er entschlossen, die erste sich darbietende Gelegenheit zu ergreifen, die Frage zur Entscheidung zu bringen. Das Resultat wird sein: Bruch mit den unzuverlässigen Aristokraten, Allianz mit dem radikalen Bürgerthum. In Zukunft wird die Frage nicht mehr sein, ob conservative oder liberale Aristokraten die Ministerbänke besetzen sollen, sondern ob die Aristokratie oder die Bourgeoisie das Staatsruder lenken soll. Die Abschaffung der irischen Staatskirche wird sich als Zersekungsmittel der heutigen unfähigen aristokratisch-liberalen Partei und als

Bindemittel einer radikalen Bürgerpartei herausstellen, an deren Spitze Gladstone und John Bright stehen werden. Mit John Bright auf der Ministerbank fangen die politischen Kämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie im Parlamente an.

Der

## „Bürger- und Bauernfreund“

erscheint vom 1. April 1868 ab wie früher wöchentlich ein Mal in Tilsit im Verlage von A. Post, redigirt unter Mitwirkung von John Reitenbach von W. Simpson Plüken pr. Gumbinnen, für den Preis von 4 Silbergroschen 6 Pfennigen für das Vierteljahr.

Insertionen finden für 3 Sgr. die Zeile durch ganz Deutschland Verbreitung.

Die Redaction. Der Herausgeber  
W. Simpson-Plüken bei Gumbinnen. A. Post-Tilsit.

## Frankfurter Zeitung

(Auflage 8500.) und Handelsblatt. (Auflage 8500.)

Der Abonnementspreis im Norddeutschen Bunde außer halb Preußens beträgt 1 Thlr. 27 1/2 Sgr. per Quartal. Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen. Frankfurt a. M., im März 1868.

Die Expedition der Frankfurter Zeitung.

## Neue Badische Landes-Zeitung.

Deutsch!! Mannheim. Anzeiger. Demokratisch!!

Täglich 2mal in Groß-Royal-Format. — Auflage 6500.  
Für das Zweite Quartal 1868 (April, Mai, Juni)  
im Verlage 1 fl. 15 kr., auswärts 1 fl. 34 kr.

Anzeigen die 5 spaltige Petitzelle 3 kr.

Hierzu ladet ein.

Mannheim, im März 1868.

Die Verlagsbuchhandlung J. Schneider.

## Abonnements-Einladung

auf

## „Die Zukunft.“

Demokratische Zeitung.

Gegründet von Dr. Johann Jacoby, Hauptmann a. D.  
van der Leeden, Dr. Langerhans &c.

Redigirt von Dr. Guido Weiß,  
erscheint wöchentlich zwölffmal, als Morgen- und Abend-  
Zeitung.

Der Abonnementspreis beträgt (inclusive Stempelsteuer und Postprovision) für ganz Preußen, wie für das übrige Deutschland einschließlich Oesterreichs, bei allen Postanstalten 2 Thlr. 5 Sgr. vierteljährlich — für Berlin, bei Abholung aus der Expedition: 1 Thlr. 22 1/2 Sgr. (monatlich 17 1/2 Sgr.) bei täglich zweimaliger Bestellung aber incl. des Botenlohns 2 Thlr. 5 Sgr. (monatlich 22 1/2 Sgr.)

Die Expedition der „Zukunft.“  
Auguststraße 91, vom 1. April ab: Kommandantenstraße 20.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.  
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig. } Druck und Verlag: C. W. Bollrath.  
Expedition: Windmühlenstraße 14.